

nem eigentlichen kirchlichen Dienst ausgebildet wird, „darauf vorbereitet werden, daß er immer auch Animator sein kann, d. h., es gilt Bedürfnisse wahrzunehmen und auf sie aufmerksam zu machen und die Leute zu ermuntern, Probleme so weit wie möglich selbst zu lösen“.

Diese fünf Sektionsberichte sind der unter Zeitdruck entstandene schriftliche Ausdruck eines komplexen Kommunikationsvorgangs, so daß das Pastoralforum nicht nur aufgrund dieser Texte, sondern wohl mehr noch *als synodale Erfahrung* wird weiterwirken müssen. Die Bischofskonferenz will

die Sektionsberichte den diözesanen Seelsorgeräten mit der Bitte unterbreiten, aus den Anregungen die vordringlichsten auszuwählen, damit die Bischofskonferenz entscheiden könne, welche Anliegen interdiözesan vorrangig aufgenommen werden sollen. Die Seelsorgeräte ihrerseits wollen versuchen, das Ergebnis des Pastoralforums auf ihre jeweilige Situation hin zu konkretisieren. Wie die Verbände die Anregungen zur Aktivierung der Gemeinden aufnehmen und ihre Arbeit davon bestimmen lassen wollen und können, ist schwer zu sagen. Das Pastoralforum selbst hat für viele Berei-

che Akzente gesetzt, aber eigentliche Leitgedanken sind schwer erkennbar. Im Vordergrund stand doch wohl die Betroffenheit durch die kirchliche Situation mit ihrer unzureichenden Laienmitarbeit und ihren Engpässen wie Priestermangel und Zulassungsbestimmungen zum Priesteramt. Eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen fehlte, mit Ausnahme der Frauenbewegung, fast gänzlich. So war schließlich auch hier nicht zu erkennen, wie es insgesamt „eigentlich weitergehen soll“ (HK, November 1981, S. 552).
R. W.-Sp.

Entwicklungen

Zerklüftete französische Gewerkschaftslandschaft

Strukturelle Schwächen und politische Ansprüche

Der Sieg der Sozialisten hat der französischen Gewerkschaftsbewegung einen zumindest moralischen Auftrieb gegeben. Vor der Präsidentenwahl im Mai litt sie unter bedenklichen Krisenerscheinungen. Ihre Mitgliederzahl ging zurück und ihre Streikparolen fanden kaum noch ein Echo. Jetzt besitzt vor allem die Linksgewerkschaft *CFDT* (Confédération Française Démocratique du Travail) zum Regierungssystem engere Beziehungen. Einige ihrer Führungskräfte wurden zu wichtigen Beratern verschiedener Minister. Ihre Delegationen finden ferner bevorzugt Gehör beim Präsidenten und beim Premierminister. Sie will zwar politisch bindungsfrei bleiben, fühlt sich aber doch den Sozialisten recht nahe. Der bisherige Generalsekretär der Lehrgewerkschaft *FEN* (Fédération de l'Éducation Nationale) ist sogar zum Minister (für Freizeit) aufgerückt. Die kommunistische Gewerkschaft *CGT* (Confédération Générale du Travail) ist schließlich indirekt über die kommunistischen Minister im Regierungssystem vertreten. Es ist zu früh, um sich ein Urteil darüber zu bilden, ob und in welchem Maße die mehr oder weniger offizielle Zusammenarbeit maßgebender französischer Gewerkschaftsverbände mit der sozialistisch-kommunistischen Regierung ihr Echo innerhalb der Arbeiterschaft verstärkt und ihr gestattet, ihre unverkennbaren strukturellen und finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Um ihr mögliches Gewicht zu werten und ihre augenblicklichen Ziele zu verstehen, dürfte ein kurzer Rückblick auf ihre Geschichte zweckmäßig sein,

ebenso wie die Kenntnis ihrer Struktur mit ihren Besonderheiten und ihren Schwächen.

Der anarchistisch-revolutionäre Einfluß

In Frankreich ging die Gewerkschaftsbewegung von Anfang an *völlig andere Wege als in den meisten europäischen Ländern*. Der antikorporatistische Geist, der die Französische Revolution von 1789 inspiriert hatte, blieb derartig stark, daß den französischen Arbeitern die Koalitionsfreiheit, d. h. der Zusammenschluß zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, erst spät gewährt wurde. Hierzu kam der tiefverwurzelte Gegensatz zwischen Bürger und Staat, verbunden mit dem nicht zu unterschätzenden Einfluß anarchistischer Tendenzen in der gesamten französischen Arbeiterbewegung während ihrer ersten Jahrzehnte, in denen das marxistische Gedankengut eine sehr untergeordnete Rolle spielte. Die entscheidende Triebkraft war die *Opposition gegen den Staat* und hiermit indirekt auch gegen die herrschende Gesellschaftsschicht, unter Zurückweisung jeder Verantwortung in einer notwendigerweise feindlichen Welt. Bei der Geburt stand so ein nur lose definierter, aber in jeder Beziehung negativer anarcho-revolutionärer Geist Pate. Er ist bis zum heutigen Tage wirksam geblieben und erklärt das geringe Echo der Mitbestimmung in Frankreich ebenso wie die Schwierig-

keit, selbst den in mancher Beziehung nunmehr positiv eingestellten Verbänden die wirtschafts- und sozialpolitische Mitverantwortung einigermaßen schmackhaft zu machen.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern fühlten sich in Frankreich die Gewerkschaften nie zu einer irgendwie geschäftsführenden Rolle berufen. Es kam ihnen nicht einmal in den Sinn, jene Sterbekassen zu gründen, die in der Industrialisierungsphase des vergangenen Jahrhunderts z. B. in Großbritannien und in Deutschland als eine wesentliche Rechtfertigung der Gewerkschaftsaktion angesehen wurden. Sie vermieden auch jede Verbindung mit dem Genossenschaftswesen, das in zahlreichen europäischen Ländern bis nach Italien den Arbeitnehmerorganisationen und teilweise auch den sozialistischen Parteien ein solides finanzielles Fundament gab. Noch vor kurzem erklärte der realistische und gemäßigte Generalsekretär der Gewerkschaft Force Ouvrière, *André Bergeron*: „Wir haben die Berufung, die besonderen Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen. Wir wollen mit unseren Regierungs- und Arbeitgeberpartnern diskutieren, aber wir sind der Ansicht, daß jeder auf seinem Platz sein muß. Man kann nicht gleichzeitig Regierender und Regierter sein.“ Dies gilt auch nach der Philosophie sämtlicher Verbände für die *innerbetrieblichen Beziehungen*. Die Arbeiter sind, solange sie sich nicht die Kontrolle der Betriebe gesichert haben, für die CGT durch eine kommunistische Revolution, für die CFDT durch die Verwirklichung der Autogestion, der Selbstbestimmung, die Regierten, die aus ihrer natürlichen Rolle heraustreten, wenn sie über die Mitbestimmung in das andere Lager übergehen und Mitverantwortung übernehmen, die die Verteidigung ihrer Interessen nur erschweren kann.

Zurückgewiesen wurde von Anfang an auch jede Verbindung mit politischen Parteien. Wiederholt entsprach es zwar nach gewerkschaftlichem Urteil durchaus dem Interesse der Arbeiter, den Kampf der Linksparteien um die Macht zu unterstützen, aber der Grundsatz der Eigenständigkeit wurde bis zum heutigen Tage aufrechterhalten, in der Theorie auch von der CGT, obwohl ihre beiden höchsten Führungskräfte Mitglieder des kommunistischen Politbüros sind. Diese Unabhängigkeit geht auf die Charta von Amiens aus dem Jahre 1909 zurück. Sie wurde 1936 in den Satzungen der CGT – damals eine sozialistisch-kommunistische Einheitsgewerkschaft – wiederholt. Danach hat die Bewegung auf ihre Unabhängigkeit „gegenüber der Unternehmerschaft, den Regierungen, politischen Parteien, philosophischen Sekten und anderen fremden Gruppen“ zu achten.

Dieser *Wille zur Unabhängigkeit* muß trotz des zwangsläufig zweideutigen Verhältnisses zur Politik, zu den Parteien und zur Regierung ernst genommen werden. Die Priorität behält die *Verteidigung der Sonderinteressen der Arbeiter*. Der regierungsfreundliche Generalsekretär der CFDT, *Edmond Maire*, stößt augenblicklich auf nicht geringen Widerstand in seinen eigenen Reihen. Die politische Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder ent-

spricht selbst in der CGT nicht den politischen Überzeugungen der Führung. Es gibt dort einen nicht kleinen Teil von Sozialisten und politisch völlig Ungebundenen, die sich vorwiegend von der Überzeugung leiten lassen, daß die CGT sie am wirkungsvollsten zu schützen und verteidigen vermag. Das politische Spektrum ist noch wesentlich breiter bei Force Ouvrière. Selbst rein kommunistische Mitglieder der CGT legen auf eine strenge Aufgabenteilung Wert und lehnen infolgedessen eine Politisierung der Gewerkschaft ab, was sie natürlich nicht daran hindert, es als durchaus normal zu empfinden, daß die Gewerkschaft ein Werkzeug der Partei ist, sobald es um die Erreichung wesentlicher politischer Ziele geht.

Das Übel der Spaltung

Ein weiteres Merkmal der französischen Gewerkschaftsbewegung ist ihre Spaltung. Die 1895 gegründete CGT litt infolge der schwierigen Geburtswehen der sozialistischen Partei bis zu ihrem Kongreß von Amiens unter nicht geringen Spannungen. Ihre Einheit überlebte nicht die *Spaltung der Kommunisten und Sozialisten* 1920. 1936 wurde sie wiederhergestellt, zerbrach jedoch endgültig 1948, als sich ihr gemäßigter Flügel nicht mehr dem Diktat der kommunistischen Partei mit ihrer revolutionären Taktik unterwerfen wollte und die Minderheit der CGT Force Ouvrière gründete. Unabhängig von diesem Familienstreit auf dem linken Flügel entstand 1919 die *Confédération Française des Travailleurs Chrétiens (CFTC)*, die sich auf die Enzyklika „*Rerum novarum*“ berief, für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern eintrat und deswegen fast als reaktionär betrachtet wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sie sich jedoch für einen fortschrittlichen, christlich-sozialen Kurs ein.

Anschließend blieben die *sozialpolitischen Auseinandersetzungen im französischen Katholizismus* nicht ohne Auswirkungen auf einen guten Teil ihrer aus katholischen Organisationen der Arbeiter- und Studentenjugend hervorgegangenen Führungskräfte, insbesondere das Experiment der Arbeiterpriester. Diesen Gewerkschaftlern erschien es nicht mehr möglich, sich mit der amtlich verfaßten Kirche zu identifizieren. Innerhalb der Kirche war zwar einschließlich der Bischöfe eine deutliche Abkehr von der bis nach dem Ersten Weltkrieg fast selbstverständlichen Verbindung mit den konservativen Kräften und ganz allgemein mit dem Bürgertum zu beobachten, aber der linke Flügel der CFTC wollte auf diesem Weg viel weiter gehen und glaubte, sich vorwiegend der Verteidigung des Proletariats widmen zu müssen.

Das in Frankreich lange wenig beachtete marxistische Gedankengut breitete sich zudem aus und gewann diese in ihrem Wesen immer noch christlichen Gewerkschaftler für die Klassenkampfidee. Ergänzend vertraten sie die taktische These, daß sie als konfessionell gebundene Organisation in der Arbeiterschaft kein stärkeres Echo finden könnten und sie sich aus dem gleichen Grunde in kla-

rer Form gegenüber der amtlich verfaßten Kirche distanzieren müßten. 1964 wurde diese Minderheit zur Mehrheit, die die Berufung auf die christlichen Werte aus der Satzung entfernte und im Namen das Wort „christlich“ durch das Wort „Arbeit“ ersetzte. So entstand die *CFDT* (*Confédération Française Démocratique du Travail*), deren Führungskräfte und Mitglieder weitgehend ohne persönlichen Bruch mit der Kirche den christlichen Werten treu geblieben sind. Nicht ohne eine gewisse Demagogie versuchte aber die neue Gewerkschaft sofort, die kommunistische CGT links zu überflügeln.

Der Verband unterstützte daher aktiv die Mai-Revolte von 1968 und wurde vorübergehend zur Heimstätte zahlreicher linksextremer Gruppen. Es folgte eine Periode der *Aktionsgemeinschaft mit der CGT*, bevor sich Generalsekretär Maire zu einer verantwortungsbewußteren Haltung entschloß, die revolutionären Ziele der Kommunisten entschieden zurückwies und sich, nicht ohne innere Auseinandersetzungen, für seine neue Politik eine Zweidrittelmehrheit sicherte. Die Minderheit der ehemals christlichen Gewerkschaft CFTC blieb auf ihrem alten Kurs und besitzt noch einige kleinere Schwerpunkte bei Bergarbeitern, Krankenhauspersonal sowie in den Banken.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand ferner die *Confédération Générale des Cadres* (CGC) als Gewerkschaft der Techniker, Ingenieure und höheren Angestellten. Diese Berufsgruppen glaubten, in den anderen Gewerkschaften nicht genügend Verständnis für ihre Interessen zu finden. Als Gegenzug bildeten jene jedoch besondere Verbände für die Cadres, so daß die CGC ihr ursprüngliches Quasi-Monopol einbüßte. Sie steuert augenblicklich einen Mittelkurs, getragen von nicht geringem Mißtrauen gegenüber der sozialistisch-kommunistischen Regierung. Seit Jahren ringt um die für die Beteiligung an Tarifverhandlungen notwendige offizielle Anerkennung eine sogenannte *unabhängige* Gewerkschaft, die zunächst der gaullistischen Bewegung nahestand. Lediglich in einigen größeren Betrieben vertreten, nannte sie sich zunächst *Confédération Française du Travail* und heißt neuerdings *Confédération des Syndicats Libres*.

Schließlich gibt es eine Reihe von *autonomen* Gewerkschaften. Die bedeutendste ist die FEN, die innerhalb der Lehrerschaft erheblichen Einfluß besitzt. Gewicht besitzen ferner die autonomen Verbände der Zugführer der Eisenbahn und der Pariser U-Bahn.

Dieser Zersplitterung der Gewerkschaftsfront erschwert die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern. Die einzelnen Organisationen veranstalten einen ständigen Wettlauf um ihren Einfluß und um das Vertrauen der Arbeitnehmer. Jede muß befürchten, daß die anderen etwaige Zugeständnisse gegen sie zu ihren Gunsten propagandistisch ausbeuten. Besonders verdächtig ist in diesem Klima die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und auch mit der Regierung, weil darin sehr schnell eine Vernachlässigung der Interessen der Arbeiter oder gar ein Verrat gesehen wird. Dies ist auch bereits für die jetzige

sozialistisch-kommunistische Regierung zu beobachten. Die kommunistische CGT bewahrt bewußt Abstand und dürfte recht bald der CFDT vorwerfen, zu sehr an die Staatsgewalt gebunden zu sein. Der Wettlauf führt ferner zu einer Überspitzung der Forderungen, da jeder Verband versucht, die Arbeiter mit Höchstleistungen für sich zu gewinnen. In den Verhandlungen über Löhne oder Arbeitsbedingungen besteht infolgedessen keine große Neigung zum Kompromiß.

Wenig Mitglieder und schmale Finanzen

Vom rein machtpolitischen Standpunkt aus gesehen, spielen die französischen Gewerkschaften ständig Poker, denn ihre finanzielle Grundlage ist ebenso bescheiden wie ihr Mitgliederbestand, der ihnen normalerweise nicht gestattet, sich als repräsentativ zu betrachten. Kein Verband macht ehrliche und genaue Angaben über seine Mitgliederzahl. Klammert man die Rentner aus, dann bringt es die größte Gewerkschaft, die CGT, im günstigsten Falle auf 1,2 Millionen regelmäßig Beiträge zahlende Anhänger. *Force Ouvrière* versichert, mit über 800 000 den zweiten Platz einzunehmen, gefolgt von der CFDT mit ungefähr 600 000. Die Lehrgewerkschaft FEN dürfte über 550 000 Mitglieder zählen. Gelegentlich spricht sie von 600 000 und mehr. Alle anderen Gewerkschaften erfassen zusammen sicherlich nicht mehr als 500 000 Personen.

Noch ungünstiger ist die *Verteilung des Mitgliederbestandes auf die einzelnen Berufszweige*. Lehrer, Beamte, Eisenbahner und Drucker sind weit über den Durchschnitt hinaus gewerkschaftlich organisiert, so daß für die Industrie wenig übrigbleibt. Nach einer zuverlässigen Schätzung sind in der Pariser Metallindustrie, eine kommunistische Hochburg, nur etwa 10 Prozent der Fabrikarbeiter regelmäßig zahlende Mitglieder der CGT.

Die Mitgliedsbeiträge reichen, selbst durch Spendenaktionen ergänzt, in keinem Fall zur Aufrechterhaltung des Apparats aus. Seit Jahren gewährt die Regierung eine *Subvention für das innergewerkschaftliche Schulungssystem*, gerechtfertigt durch die Annahme, daß gutausgebildete Funktionäre vernünftige Verhandlungspartner sind. Die Verwendung dieser Gelder – zur Zeit ungefähr 30 Millionen – wird nicht kontrolliert. Ein Teil der Gewerkschaftsfunktionäre wird ferner aus den Betriebsratskassen der staatlichen Unternehmen und einiger Großbetriebe bezahlt; diejenigen der Lehrgewerkschaft werden zum größten Teil vom Staat unter Aufrechterhaltung ihrer Besoldung für die Gewerkschaftstätigkeit freigestellt. Es mangelt auch nicht an größeren Firmen, die einigen Belegschaftsmitgliedern erlauben, sich nur der Gewerkschaftstätigkeit zu widmen, weil sie auf diese Weise weniger stören als bei Eingliederung in den Arbeitsprozeß. Die staatliche Hilfe für die Lehrgewerkschaft ist um so erstaunlicher, als sie als einzige Arbeitnehmerorganisation im Laufe der Jahrzehnte ein beachtliches Vermögen an-

sammeln konnte, das – wohl etwas übertrieben – auf 10 Milliarden FF geschätzt wird. Sie verdankt diesen Reichtum sowohl staatlichen Subventionen für verschiedene Sozialwerke als geschickt geführten korporatistischen Genossenschaftskassen oder -unternehmen.

Diese indirekte Hilfe reicht zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichts nicht aus, denn die Mitgliedsbeiträge sind äußerst niedrig hauptsächlich infolge der weitverbreiteten französischen Unlust, finanzielle Opfer zu bringen. Mitunter liegt der Jahresbeitrag eines französischen Gewerkschaftsmitglieds kaum über dem Monatsbeitrag eines deutschen. Über *geheime Finanzierungsquellen* wird daher seit langen Jahren viel gemunkelt, ohne daß es wirklich greifbare Beweise gibt. Force Ouvrière bestritt nie, daß sie in der Anlaufperiode Geld von amerikanischen Gewerkschaften erhielt. Niemand zweifelt ferner daran, daß auf verschiedenen Wegen während einiger Zeit der Osten der CGT half. Heute ist jedoch ihre Misere so groß, daß sie vor kurzem den kommunistischen Weltgewerkschaftsbund bitten mußte, bis auf weiteres auf ihren Mitgliedsbeitrag zu verzichten. Es ist möglich, daß verschiedene Druckerarbeiten für die CGT im Osten zu einem symbolischen Preis durchgeführt werden. Vielleicht ist sie auch an den im Osthandel spezialisierten, gewinnbringenden Außenhandelsgesellschaften der Kommunisten beteiligt. Jedenfalls verfügt sie unverändert über einen verzweigten und leistungsfähigen Apparat, der ihr leichter als ihren bescheideneren Konkurrenten gestattet, in kritischen Augenblicken die Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie am besten und sichersten ihre Interessen zu wahren vermag.

Soziologische Veränderungen

Der Mitgliederschwund ist teilweise eine Folge der soziologischen Veränderungen und der *ungenügenden Anpassung der Gewerkschaften an die neue Gesellschaftsstruktur*. Einerseits ist der Anteil der Lohnempfänger an der erwerbstätigen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten auf über 80 Prozent angestiegen, andererseits ging jedoch der Anteil der Fabrikarbeiter erheblich zurück, während sich die Gewerkschaften noch einer Sprache bedienen, die fast an die Gründerperiode erinnert, und sich weiterhin vorwiegend als Arbeitergewerkschaft betrachten.

Eine Ausnahme macht lediglich Force Ouvrière, die von Anfang an ihre stärkste Position in der Beamtenschaft hatte und schon aus Opposition gegen die kommunistische CGT deren Arbeitermythos nicht übernahm und noch weniger die immer noch nicht ganz aufgegebene, marxistische These der permanenten Verarmung als Folge der unverändert gebrandmarkten kapitalistischen Ausbeutung. Mit derartigen Parolen läßt sich wenig anfangen in einem Lande, dessen Arbeiter zu 50 Prozent Eigentümer ihrer Wohnung sind, zu fast 100 Prozent ein Auto besitzen und sich in ihrer überwiegenden Mehrheit ihres *Aufstiegs in das Kleinbürgertum* bewußt geworden sind. Sie

wissen zwar, daß ihnen nichts geschenkt wird, aber verbinden sicherlich nicht ihr Schicksal mit dem Klassenkampf. Es ist kein Zufall, daß die sich offen als revisionistisch bezeichnende Force Ouvrière in den letzten Jahren regelmäßig ihre Mitgliederzahl erhöhte und außerdem in den Betriebsrätewahlen ihren Einfluß, vorwiegend zu Lasten der CGT, langsam, aber doch sicher ausweitete.

Außerdem haben die *Lohnkämpfe* für die Arbeitnehmer aller Kategorien erheblich an Interesse verloren, weil sie bis 1973 durch eine regelmäßige Steigerung der Kaufkraft begünstigt worden waren, aus den Produktivitätsfortschritten weitgehend Nutzen zogen und in der jetzigen Krisenlage in der ihnen zugesagten Bewahrung der Kaufkraft einen zwar nicht befriedigenden, aber doch unvermeidbaren Zustand sehen. Die wirtschaftliche und soziale Information hat daneben trotz aller Lücken und Fehlschläge genügend Fortschritte gemacht, damit die große Mehrheit der Arbeitnehmer die wirtschaftlichen Grenzen ihrer Unternehmen einigermaßen kennt und genügend Verantwortungsgefühl aufbringt, um den sozialen Bogen nicht zu überspannen. Bereits unter der Regierung Barre trug die CFDT diesem Wandel Rechnung und fing an, sich mit den elementaren Gegebenheiten der wirtschaftspolitischen Verantwortung vertraut zu machen. Die kommunistische CGT blieb jedoch auf ihren alten Gleisen und stellt die Lohnerhöhung immer noch an die Spitze einer Liste von Forderungen, die meistens alle in demagogischer Form über die Finanzkraft der staatlichen und privaten Betriebe hinausgehen.

Der *Streik* war andererseits lange für alle französischen Gewerkschaften ein einfaches Werbemittel, wobei sie sich angesichts des Fehlens von Streikkassen durch Appelle an die Solidarität der breiten Öffentlichkeit propagandistisch stärker zu profilieren versuchten und gegebenenfalls auch einen politischen Druck ausübten. Die in den letzten Jahren in steigendem Maße zu beobachtende Streikmüdigkeit führte daher zu einer weiteren Schwächung des gewerkschaftlichen Einflusses. Nach der Statistik des französischen Arbeitsministeriums, die alle Wirtschaftsbetriebe erfaßt, mit Ausnahme der Landwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung, ist die Zahl der durch Streik verlorenen Arbeitstage zwischen 1979 und 1980 um 52,4 Prozent auf 1,51 Millionen zurückgegangen und erreichte hiermit einen fast als historisch zu bezeichnenden Tiefstand.

In der jetzigen Phase besitzt für alle Lohnempfänger die *Bewahrung des Arbeitsplatzes* oberste Priorität. Die Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaft sind hierfür aus verständlichen Gründen gering. Streiks und Fabrikbesetzungen können vielleicht die Regierung zu einer Finanzhilfe veranlassen, vermögen aber kaum die Wirtschaftslage des Unternehmens im günstigen Sinne zu beeinflussen. Die zweite Sorge – ebenfalls aller Berufsgruppen – gilt der *Verbesserung der Arbeitsbedingungen*, die, zum Leidwesen der Gewerkschaften, selten global im nationalen Rahmen erfolgen kann, sondern meistens nur innerhalb der einzelnen Betriebe, besonders wenn es um Si-

cherheit, Hygiene und menschliches Betriebsklima geht. Angestrebt wird meistens – ohne daß man es offen zugibt – eine gewisse Sozialpartnerschaft, die dem Arbeitnehmer das Gefühl einer individuellen Mitverantwortung am Produktionsprozeß gibt, ohne daß er dadurch irgendwie an seine Arbeitsstätte für die wöchentliche Arbeitsdauer hinaus gebunden wird.

Machtwechsel als Wendepunkt

Die Wahl eines sozialistischen Präsidenten und die Beteiligung kommunistischer Minister an seiner Regierung sind natürlich für alle französischen Gewerkschaften ein *Wendepunkt*. Man darf annehmen, daß ihre Mitglieder und Mitläufer in überwiegender Mehrheit für François Mitterrand gestimmt haben und den Erfolg des sozialistischen Experiments wünschen. Wenn auch die französischen Arbeiter, von seltenen Ausnahmepersonen abgesehen, stets die Politisierung der Gewerkschaftsaktion ablehnten, erwarten sie von den einzelnen Verbänden nicht, daß sie sich unpolitisch verhalten, denn sie sind schließlich ein Bestandteil der politischen Strukturen des Landes. Die beiden Linksgewerkschaften CGT und CFDT machten auch nie einen Hehl daraus, daß sie auf verschiedene Weise eine grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems anstreben, die eine im kommunistisch-revolutionären Sinn, die andere über eine demokratische Sozialisierung unter Verwirklichung der ihr seit langem vorschwebenden Selbstverwaltung der Unternehmen. Während die CFDT der sozialistischen Regierung bis auf weiteres ihre Unterstützung nicht versagen will, ihr Programm mit demjenigen der verantwortlichen Minister abstimmt und sich einer Reihe von Zwängen und Realitäten zumindest vorübergehend unterwirft, betrachtet sich die CGT vorwiegend als Hausmacht der vier kommunistischen Minister unter Wahrung einer gewissen Distanz gegenüber der sozialistischen Regierungspolitik, ohne sich zu größerer Rücksicht auf Mitterrand verpflichtet zu fühlen.

Force Ouvrière glaubt keinen Kurswechsel vornehmen zu brauchen. Sie konzentriert ihre Anstrengungen auf die strikte Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer im Rahmen eines realistischen Revisionismus, der hinter den mitunter als Träume empfundenen Regierungsplänen deutlich zurückbleibt. Force Ouvrière legt so kaum Wert auf Verstaatlichungen, noch auf eine Ausweitung der Rechte der Arbeiter innerhalb der Betriebe. Das gleiche gilt für die Kadergewerkschaft CGC, die seit der Präsidentenwahl einen gewissen Kurswechsel in Richtung liberaler Positionen vorzunehmen scheint.

Da die Regierung in Anbetracht der angespannten Wirtschaftslage im Lohnbereich den Gewerkschaften nicht entgegenkommen kann und nach einer einmaligen, außergewöhnlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns um 10 Prozent – gewissermaßen als Antrittsgeschenk – noch zurückhaltender geworden ist als ihre wegen einer angeblichen Austeritätspolitik heftig kritisierte Vorgänge-

rin, versprach sie ihnen eine schnelle Ausweitung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben oder, klarer ausgedrückt, eine Stärkung der Position der Gewerkschaften, die im Namen der Arbeiter diese zusätzlichen Rechte zu verteidigen hätten. Wahrscheinlich etwas unerwartet stand jedoch plötzlich die Regierung vor einem Dilemma. Nach den Worten des Wirtschaftsministers blieben ihre ersten Bemühungen zur Belebung der Konjunktur und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wirkungslos, weil die psychologischen Voraussetzungen fehlten, nämlich das Vertrauen der Unternehmer in die Politik der Regierung und in ihre eigene Zukunft. Es gelang ihm, den Präsidenten von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Spielregeln für die unentbehrliche Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Staat klar und genau festzulegen, d. h. den Unternehmern bis auf weiteres eine ausreichende wirtschaftliche und soziale Bewegungsfreiheit zu lassen. Zwangsläufig besteht ein Widerspruch zwischen der Ausweitung der Rechte der Arbeiter und der Regierungsgarantie eines Mindestmaßes unternehmerischer Entscheidungsfreiheit.

Die *neuen Rechte* bleiben aber doch bis auf weiteres das wichtigste Aktionsfeld der Gewerkschaften, da sie im Lohnbereich politisch und wirtschaftlich gehemmt sind und außerdem für die Arbeitnehmer die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne zur Priorität geworden ist.

Der Wunschcatalog der CGT gleicht Pflastersteinen für den Weg zur Sozialisierung der Wirtschaft nach kommunistischem Modell. Die Betriebsräte würden zu einer Vorstufe sowjetischer Arbeiterräte mit einem vielfältigen Einspruchsrecht, aber ohne jede direkte oder indirekte Verantwortung für die Betriebsführung. Ihre Aufgabe soll lediglich die Verteidigung der Arbeiterinteressen sein und die ständige Überwachung der Unternehmensleitungen. Es erscheint überflüssig, auf Einzelheiten einzugehen, denn diese Forderungen sind trotz der Anwesenheit kommunistischer Minister für die Regierung nicht einmal eine lose Diskussionsgrundlage.

Der im Regierungslager weit einflußreicheren CFDT geht es in erster Linie darum, die Unternehmer zu regelmäßigen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern zu verpflichten. Auf diesem Wege will sie den Arbeitnehmern auf vier Gebieten ein *Mitspracherecht* sichern: Festsetzung der Löhne, Organisation der Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Berufsbildung. Ein sinnvoller Dialog setzt natürlich eine ausreichende und laufende Information über alle innerbetrieblichen Gegebenheiten voraus. Obwohl die Autogestion, die Selbstverwaltung der Betriebe, das große Ziel der CFDT bleibt und es logisch wäre, sich ihm über eine sich schrittweise ausweitende Mitverantwortung oder Mitbestimmung zu nähern, vermeidet auch die CFDT sorgfältigst, sich in dieser Form in das kapitalistische Wirtschaftssystem integrieren zu lassen. Abgelehnt wird auch das in der Bundesrepublik Deutschland übliche Schlichtungsverfahren zur Vermeidung von Streiks. Die Streikfreiheit soll in keiner Weise

eingeschränkt werden. Kein allzu großes Interesse besteht ferner in der CFDT für die Aufwertung der Betriebsräte, weil sie gegenüber den Gewerkschaften zu autonom werden könnten und man vor allem die Position der Gewerkschaftsdelegierten innerhalb der Betriebe stärken will.

Die Quellen des Einflusses

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wieweit die französischen Gewerkschaften für die Arbeitnehmer repräsentativ sind und ob das ihnen zuerkannte politische Gewicht nicht über ihren Einfluß in den Betrieben hinausgeht. Es wäre in der Tat schlecht um sie bestellt, wenn ihr Mitgliederbestand und ihre finanziellen Mittel bei ihrer Bewertung den Ausschlag gäben. Weit günstiger sind für sie die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen, in denen der überwiegende Teil der Arbeitnehmer für ihre Kandidaten stimmt, wenn auch das Wahlsystem die Gewerkschaften begünstigt und es den unabhängigen Kandidaten nicht leicht macht. Noch wichtiger ist die häufig gemachte Erfahrung, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer in kritischen Augenblicken den Gewerkschaften stillschweigend die Verteidigung ihrer Interessen überläßt. Die Neigung, einer Organisation beizutreten und regelmäßig Beiträge zu zahlen, ist zwar gering, man räumt ihr aber trotzdem das Recht zur Aktion ein und bestreitet nicht ihren repräsentativen Charakter. Größere Streiks führen auch im allgemeinen zu einer vorübergehenden Zunahme des Mitgliederbestandes. Allerdings zwingt dieses eigenartige Verhältnis die Gewerkschaften zu einer vorsichtigen Taktik. Ihr Führungsanspruch wird nur dann anerkannt, wenn die Arbeiter das Gefühl haben, auf die Gewerkschaften angewiesen zu sein und das Streikrisiko auf sich nehmen. In den letzten Jahren mußte vor allem die CGT wiederholt feststellen, daß sie die Stimmung der Arbeitnehmer falsch beurteilte und ihre Streikparolen daher kein Echo fanden. Gegenüber Regierung und Unternehmern haben die Gewerkschaften ein leichteres Spiel, denn beide müssen damit rechnen, daß sich die Arbeiter

hinter sie stellen, daher müssen sie von ihnen als Gesprächspartner ernst genommen werden.

Die Zukunft der französischen Gewerkschaften dürfte von verschiedenartigen Faktoren abhängen. Die sozialistische Regierung muß und wird ihre Position in den Betrieben stärken. Dies könnte jedoch die Arbeitnehmer veranlassen, noch mehr als bisher auf die Mitgliedschaft zu verzichten, da in ihren Augen die Gewerkschaften gewissermaßen zu einer öffentlichen Einrichtung geworden sind und als solche ganz selbstverständlich ihre Belange wahren. In Rechnung zu stellen ist aber auch der allgemein als unabwendbar betrachtete Konflikt zwischen der kommunistischen CGT und der sozialistischen Regierung. Seine Folge wäre die Vertiefung der Kluft zwischen den einzelnen Organisationen. Nicht wenig hängt ferner vom Verlauf des sozialistischen Experiments ab. Eine bittere Enttäuschung wäre geeignet, den Gewerkschaften einen neuen Auftrieb zu geben, ohne daß das Gegenteil, die tiefe Resignation, ausgeschlossen ist. Dann stünde die CFDT vor dem größten Dilemma, denn sie unterstützt offensichtlich die Regierungspolitik, der gegenüber sie sich nicht ohne weiteres zu distanzieren vermag. Geschähe es zu spät, müßte sie die Rechnung bezahlen. Vieles spricht schließlich dafür, daß Force Ouvrière ihren langsamen Aufstieg fortsetzen wird, da ihre Unabhängigkeit glaubwürdig ist und sie ihrer Linie treu bleibt. *Alfred Frisch*

Literaturhinweise:

Robert Bothereau: Histoire du syndicalisme français, Que sais-je, Presses Universitaires de France.

Georges Lefranc: Le syndicalisme en France, Que sais-je, Presses Universitaires de France.

Jacques Fourier, Nicole Questiaux: Traité du social – Situations, luttes, politiques, institutions, Dalloz.

Jean Daniel Reynaud: Les syndicats en France, Le Seuil.

André Barjonet: La C.G.T., Histoire, Structure, Doctrine, Le Seuil.

André Bergeron: Confédération Force Ouvrière, Ed. de l'Epi.

André Malterre: La confédération générale des cadres, Ed. de l'Epi.

Wie frei sind die Christen in China?

Lichtblicke und Sorge der Katholiken

Mit dem Tode Mao Zedongs (1976), der Verhaftung der Viererbande und der Wiederkehr Deng Xiaopings an die Schaltstellen der Macht begann ein Prozeß der politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Änderung innerhalb der Volksrepublik China, der weit hin als Liberalisierung verstanden und begrüßt wurde. Programmatisch verkündete *Deng Xiaoping* das Prinzip, daß die Tatsachen das alleinige Kriterium aller Theorien seien („eine Katze muß Mäuse fangen, dabei ist es egal, ob sie schwarz, weiß oder wie farbig auch immer ist“). Es wurde wieder eingeschärft, daß vor aller Ideologie die

Leistung zu stehen habe. Auch der in der Kulturrevolution (in der Kampagne gegen Liu Shaoqi) so heftig gebrandmarkte Grundsatz, daß die Entlohnung im Zusammenhang mit der Leistung gesehen werden müsse, wurde wieder als orthodox bezeichnet und „materielle Anreize“ für legitim erklärt.

Im Zusammenhang mit der *Korrektur der Exzesse der Kulturrevolution* (1966–1976) stand die Kampagne der „Großen Kritik“, in der über Wandzeitungen und andere inoffizielle Publikationen dem „Volk“, d. h. vornehmlich Studenten, Künstlern und Intellektuellen, die Möglichkeit